

gie. Diese wurde von einigen eher als eine Form der Übertragung einer an sich auch weiterhin universellen Theologie auf lokale Gegebenheiten verstanden, während andere mit der Partikularität einer kontextuellen Theologie ernst machen möchten. Dann stellt sich die Frage nach der universellen Gültigkeit der Aussagen einer kontextuellen Theologie zwar nicht länger, dafür wird das Problem der Verständigung zwischen einer Vielzahl von kontextuellen Theologien drängend. Wie kann bei einer legitimen Vielfalt von theologischen Entwürfen für bestimmte Kontexte die grundsätzliche Einheit und Übereinstimmung des Glaubenszeugnisses sichergestellt werden? Eine gewisse Rolle spielte auch der Gegensatz bzw. das Verhältnis zwischen Logos und Mythos eine Rolle, der von Felix Wilfred ins Gespräch gebracht wurde und an dem sich einige Unterschiede zwischen „westlicher“ und „asiatischer“ Theologie festmachen ließen.

Die Konferenz von Nijmegen brachte eine Vielzahl von Informationen und viele Impulse, das Verhältnis zwischen Volksfrömmigkeit und Befreiung tiefer zu durchdenken. Die verschiedenen Arbeitsgruppen versuchten während der Konferenz weitere Klärungen und erste Synthesen. Bei der Vieldeutigkeit des Begriffes „Volksfrömmigkeit“ gelang es nicht, sich auf eine Begrifflichkeit oder eine Funktion dieses Phänomens zu einigen. Der Wert der Veranstaltung und ihr besonderer Reiz lag denn auch eher in der bunten Mischung der Teilnehmer und der interdisziplinären Diskussion. Das dritte Element der Tagung, das Problem der „kontextuellen Theologie“, wurde zwar weniger inhaltlich behandelt, bildete aber den Hintergrund, auf dem deutlich wurde, daß eine Synthese der verschiedenen Formen der Volksfrömmigkeit in ein universales System dem eigentlichen Anliegen der Kontextualität diametral entgegenstehen muß. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Annäherung zwischen Vatikan und Moskauer Patriarchat in der Frage der ukrainischen Katholiken

Vom 12. bis 17. Januar hielt sich eine vatikanische Delegation unter der Leitung des neuen Präsidenten des Rats für die Einheit der Christen, Erzbischof *Edward Cassidy*, und seines Amtsvorgängers, Kardinal *Johannes Willebrands*, zu Gesprächen mit Vertretern des Moskauer Patriarchats über die Frage der ukrainisch-katholischen Kirche in Moskau auf. Im Zusammenhang mit dem Besuch Michail Gorbatschows bei Johannes Paul II. war eine Erklärung des ukrainischen Rates für Religiöse Angelegenheiten bekanntgeworden, wonach Gemeinden der 1946 zwangsweise mit der russisch-orthodoxen Kirche vereinigten ukrainisch-katholischen Kirche in Zukunft als solche staatlich registriert werden können (vgl. HK, Januar 1990, 12 ff.). Seither haben in der Westukraine schon *mehrere hundert griechisch-katholische Gemeinden* bei den Behörden ihre Registrierung beantragt; in Lemberg sind inzwischen 15 der 18 orthodoxen Kirchen an die Unierten übergegangen. Vorwürfe von orthodoxer Seite, ukrainisch-katholische Gläubige seien vielfach gewaltsam vorgegangen, wurden von diesen zurückgewiesen. Die Gespräche der vatikanischen Delegation in Moskau, an denen auch Vertreter der ukrainisch-katholischen Kirche teilnahmen, erbrachten einen *wichtigen Durchbruch*: In einer nach dem Treffen veröffentlichten gemeinsamen Erklärung heißt es, Katholiken in der Westukraine müßten die Möglichkeit haben, „kirchliche Strukturen im Rahmen der römisch-katholischen Kirche zu bilden“. Damit hat die russisch-orthodoxe Kirche erstmals das Recht der ukrainisch-katholischen Gläubigen auf Wiederherstellung ihrer Kirche anerkannt. Der neue Leiter des Außen-

amtes des Moskauer Patriarchats, Erzbischof *Kyrill*, hatte schon Ende 1989 von der Notwendigkeit gesprochen, „den ukrainischen Katholiken des östlichen Ritus die Möglichkeit zu geben, nach ihrer Tradition zu beten“. In Moskau ist bei dem Treffen vom 12. bis 17. Januar ein *Dokument* erarbeitet worden, das sich mit der Lösung konkreter Probleme im Zusammenhang mit der Legalisierung der ukrainisch-katholischen Kirche befaßt. Die Kontakte sollen fortgesetzt werden.

EKD und DDR-Kirchenbund streben Wiederherstellung der kirchlichen Einheit an

Zum Abschluß einer Klausurtagung von Bischöfen und Beauftragten der EKD und des Evangelischen Kirchenbundes der DDR vom 15. bis 17. Januar in Loccum wurde eine Gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die sich u. a. für die *Schaffung einer evangelischen Kirche in den beiden deutschen Staaten* ausspricht. Die besondere Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland sei trotz der Spaltung des Landes und der organisatorischen Trennung der Kirche lebendig geblieben: „Wie sich auch die politische Entwicklung künftig gestalten mag, wir wollen der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland auch organisatorisch angemessene Gestalt in einer Kirche geben.“ Es wird empfohlen, eine *gemeinsame Kommission* der evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten zu bilden, die gemeinsamen Aufgaben benennen, weitere Schritte der Zusammenarbeit beraten und dazu Vorschläge machen soll. Die Erklärung bekennt sich auch zur *staatlichen Vereinigung* von Bundesrepublik und DDR: „Wir wollen, daß

die beiden deutschen Staaten zusammenwachsen. Das wird in mehreren Schritten im Rahmen eines gesamteuropäischen Verständigungsprozesses geschehen.“ EKD und Kirchenbund verweisen auf die öffentliche Anerkennung für den Beitrag der evangelischen Kirche zum Wandel in der DDR. „Wir haben in diesen Monaten neu erfahren, welche politischen Wirkungen der geistliche Auftrag der Kirche Jesu Christi hat.“ Die Gemeinden in beiden deutschen Staaten werden gebeten, die neuen Chancen der Veränderung zu nutzen und zu unterstützen. Die Menschen müßten sich entscheiden, in der DDR zu bleiben. „Das wird geschehen, wenn die Hoffnung wächst.“ Die Erklärung von Loccum kam insofern *überraschend*, als bisher sowohl in der EKD wie im DDR-Kirchenbund die Stimmen dominierten, die zur Zurückhaltung gegenüber der Forderung nach staatlicher wie kirchlicher Wiedervereinigung mahnten bzw. das Recht der evangelischen Kirche in der DDR betonten, ihren weiteren Weg ohne westliche Bevormundung zu bestimmen. Offenbar wurden die Kirchen durch den Gang der Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten zu einer Neubestimmung ihrer Position genötigt. Der DDR-Kirchenbund wurde 1969 ins Leben gerufen; vorher umfaßte die 1948 gegründete EKD sowohl die evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik wie die in der DDR.

Österreichische Pastoraltagung widmete sich dem „konziliaren Prozeß“ über Frieden und Gerechtigkeit

Die diesjährige Österreichische Pastoraltagung – es war die 50. und damit Jubiläumstagung und fand wie üblich vom 27. bis 29. Dezember in Wien–Lainz statt – wurde dem Thema „Christliche Gemeinden für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ gewidmet. Die Pastoraltagung verstand sich damit – zeitlich zwischen Basel und Seoul – als ein regionales Bindeglied des gleichnamigen „konziliaren Prozesses“, über das, was in Basel, in Österreich selbst und in anderen europäischen Ländern dazu erarbeitet wurde, bis in die Gemeinden umgesetzt werden sollte. Dem Thema entsprechend und dem Jubiläum angemessen, wurde die Tagung *ökumenisch* gestaltet. Zu den Referenten gehörten u. a. der Erfurter evangelische Propst *Heino Falcke*, Prof. *Josef Sayer* (Fribourg), der österreichische Biblikler und Steyler-Missionar *Gottfried Vanoni* und *Mesrob Krikorian*, Bischof der armenisch-apostolischen Kirche in Wien, der nachdrücklich dafür plädierte, „Befreiung“ im Sinne des Evangeliums nicht nur als Rettung aus persönlicher Sünde, sondern als „eine Befreiung aus sündhaften gesellschaftlichen Bedingungen“ zu sehen. *Umwelt- und friedensethische Fragen* waren in fast gleicher Weise für die Tagung bezeichnend. Besonders eindringlich zum umweltpolitischen Umdenken mahnte der Vorsitzende der Österreichischen Justitia-et-Pax-Kommission, der Wiener Weihbischof *Florian Kuntner*. Er sprach von tiefsitzenden Ängsten vor Veränderungen, die einem solchen Umdenken entgegenstünden, und warb für „einen einfachen Le-

bensstil im franziskanischen Sinne“, der auch helfen werde, wieder zu tieferen zwischenmenschlichen Beziehungen zu finden. Atmosphärisch und teilweise auch inhaltlich war die Tagung stark von den Vorgängen im bisher kommunistischen Teil Europas und Osteuropas bestimmt. Propst Falcke sprach im Blick auf die DDR, aber auch auf andere osteuropäische Länder von einer neuen „atemberaubenden Nähe“ von Politik und Kirche, von Gebet und politischem Handeln. Der Umbruch in diesen Ländern sei „von der Geistigkeit des christlichen Gebets geprägt gewesen“. Eine Hauptursache dafür, daß es zur jüngsten Entwicklung kam, ortete Falcke in einer „Sinnkrise von Ethik und Politik“, die es auch im Westen gebe. Von den 600 Teilnehmern an der Tagung kamen 100 aus ost- und südosteuropäischen Ländern, darunter zum erstenmal ein Teilnehmer aus Litauen.

Bensberger Kreis mahnt kritischere Sicht zur Haltung der katholischen Kirche in der NS-Zeit an

Ein halbes Jahr nach dem 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs gab der Bensberger Kreis eine Stellungnahme heraus, in der er die von deutschen Bischöfen aus diesem Anlaß herausgegebenen Erklärungen (vgl. HK, September 1989, 432) kritisiert. In dem von der Sprechergruppe des Kreises veröffentlichten Papier heißt es, man vermisse ein „Bekanntnis zur Mitverantwortung der katholischen Kirche in Deutschland für Hitlers verbrecherischen Angriffskrieg“. Alle von seiten der Kirche vorgebrachten Aufforderungen zur Trauerarbeit müßten solange ungläubwürdig bleiben, wie die Kirche selbst einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der belastenden Vergangenheit immer wieder ausweiche und „mit Hilfe geschichtsverfälschender Legenden ihre Position in der bundesdeutschen Gesellschaft zu untermauern versucht“. Außerdem wird in der Stellungnahme der Verdacht geäußert, daß von kirchenoffizieller und -offiziöser Seite in den letzten Jahren verstärkt und mit großem publizistischem Aufwand der Versuch unternommen werde, „ein geschöntes Bild von der Haltung der katholischen Kirche in der NS-Zeit zu verbreiten“. Kritisiert wird in dem Zusammenhang auch die „Kommission für Zeitgeschichte“ der Deutschen Bischofskonferenz. In der Arbeit dieser Kommission bzw. ihres Vorsitzenden, des Bonner Historikers *Konrad Repgen*, scheine nicht nur ein „vorkonziliares Kirchenbild“ durch, sondern der Widerstandsbegriff werde so ausgeweitet, daß auch der kirchlichen „Selbstbehauptungsstrategie in der NS-Zeit“ noch Widerstandsqualität zuerkannt werde. Auseinandersetzungen zwischen Kirche und NS-Staat hätten sich nicht an der Verfolgung Andersdenkender und der wachsenden Diskriminierung der Juden bis zur letztendlichen Vernichtung entzündet, sondern an der „Ausdehnung des staatlichen Totalitätsanspruchs auch auf solche Bereiche, die die Kirche als ihr eigen betrachtet“. Erst als die Nationalsozialisten die der Kirche im Reichskonkordat zugesicherten Rechte zunehmend mißachtet und die Propagie-

rung einer ‚neuheidnischen‘ Weltanschauung betrieben hätte, sei es zu nennenswerten Konflikten gekommen.

Militärs in El Salvador wegen Verdachts der Beteiligung an Jesuitenmord festgenommen

In El Salvador sind 45 Mitglieder der Armee unter dem Verdacht festgenommen worden, an der Ermordung von sechs Jesuiten und zwei Frauen am 16. November 1989 beteiligt gewesen zu sein. Sie sollen vor ein Ehrengericht gestellt werden, das aus hochrangigen Militärs und Zivilisten besetzt wird. Der Stabschef der Streitkräfte, Oberst *Emilio Ponce*, gab an, die Verhafteten gehörten zu einer Eliteeinheit, die auf die Guerilla-Bekämpfung spezialisiert sei. Staatspräsident *Alfredo Cristiani* hatte Anfang Januar die Mittäterschaft der Armee zugegeben, nachdem die Tat zuvor der Guerilla-Organisation FMLN angelastet worden war. Sowohl der Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera*, als auch die Jesuitengemeinschaft des Landes und die Menschenrechtskommission „Tutela Legal“ des Erzbistums hatten jedoch das Militär des Attentats verdächtigt. Rivera erklärte bei seinem Besuch in der Bundesrepublik auf Einladung der Deutschen Bischofskonferenz, die Aufklärung des Mordes an den Jesuiten stelle auch eine Genugtuung für die vielen tausend Morde der Militärs und der Todesschwadronen dar, deren Aufklärung bis heute ausstehe. Eine wichtige Rolle bei der Suche nach einer Verhandlungslösung im salvadoranischen Bürgerkrieg, der in zehn Jahren mehr als 70 000 Opfer gefordert hat, komme, so Rivera, der US-amerikanischen Regierung zu. Der Kirche in El Salvador mißfalle, daß die USA Mittelamerika noch immer als ihren „Hinterhof“ betrachteten. Rivera hatte am 10. Dezember in einer Predigt die amerikanischen Untersuchungs- und Verhörmethoden kritisiert, der die einzige Zeugin der Morde, die aus Sicherheitsgründen in die Vereinigten Staaten ausgeflogene *Lucia Cerna*, ausgesetzt worden sei. Sie sei einer Gehirnwäsche unterzogen und so bedroht worden, daß sie schließlich ihre Aussage zurückgezogen habe. Eine solche Behandlung komme den Interessen der rechtsextremen Kräfte in El Salvador entgegen, die derzeit die Regierung stellen. Unter der Regierung Cristiani, so Erzbischof Rivera Mitte Dezember vor der Presse in Florida, gebe es neue Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie zunehmende Menschenrechtsverletzungen. Die bereits im Parlament verabschiedeten Anti-Terror-Gesetze stünden in klarem Widerspruch zur Verfassung des Landes. Ende Dezember trafen der Vorsitzende der US-amerikanischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Daniel E. Pilarczyk* von Cincinnati, sowie die Kardinäle *Bernard Law* und *James Hickey* mit Vertretern des Weißen Hauses zusammen. Die amerikanische Regierung, so forderten die Bischöfe, solle sich stärker als bisher für einen Waffenstillstand und auf Vertrauen gründende Verhandlungen der Bürgerkriegsparteien in El Salvador einsetzen. Die US-amerikanische Vereinigung der Ordensoberen forderte den amerikanischen Kongreß indessen auf, wegen der „systematischen Verfolgung der

Kirchen“ in El Salvador jegliche Militärhilfe einzustellen. Mitte Dezember hatte eine salvadoranische Regierungsdelegation Johannes Paul II. und das Generalat der Jesuiten über den Stand der Ermittlungen informiert.

Neue Kirchenverfolgung in der Volksrepublik China?

Im Dezember 1989 wurden aus der VR China eine Reihe Verhaftungen von katholischen Laien, Priestern und Bischöfen gemeldet. Die Priester *Shi Wande* und *Su Zhemin* sowie der Laie *Wang Tongshang* gehören der Untergrundkirche der Diözese Baoding in der Hebei-Provinz an, deren Bischof *Fan Xueyan* seit Jahren von den chinesischen Behörden wegen seines im ganzen Land bekannten Widerstandes gegen die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung mal inhaftiert oder in Hausarrest gehalten wird. Gegenwärtig ist sein Aufenthalt unbekannt, er soll von den Behörden auf „Erholungsreise“ geschickt worden sein. Im September war schon der Pfarrer des Dorfes Youtong, *Pei Ronggui*, ebenfalls Hebei-Provinz, verhaftet worden. In Youtong hatten die romtreuen Katholiken durch Besetzung eines Schulgeländes und Bau einer Zeltkirche den Zorn der Behörden herausgefordert, die mit Gewalt gegen die Katholiken vorgehen. Im November wurden die Bischöfe *Peter Liu Guandong* von Yixian und *Li Side* von Tianjin sowie der Priester *Zhang Guangyi*, Shaanxi-Provinz, ebenfalls wegen „illegaler religiöser Tätigkeiten“ verhaftet. In Peking wurden einige Seminaristen, die an den Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz beteiligt waren, von der Priesterweihe ausgeschlossen. Repressalien seitens der Behörden sind ebenfalls die *protestantischen Hauskirchen* ausgesetzt. In Ostchina sollen 50 Treffpunkte aufgelöst worden sein. Auch wurden reisende Evangelisten verhaftet, die nicht mit dem Chinesischen Christenrat, der offiziell von der Regierung anerkannten kirchlichen Organisation, zusammenarbeiten. Alle diese Maßnahmen richten sich gegen kirchliche Aktivitäten, die in den Augen der Behörden „illegal“ sind, da sie „im Untergrund“ geschehen und sich der staatlichen Kontrolle entziehen. Die Regierung bzw. die Partei bemüht sich seit einiger Zeit verstärkt, alle religiösen Aktivitäten zu überwachen, und bereitet ein *neues Religionsgesetz* vor. In einigen Provinzen, z. B. Hebei und Guangdong, sind schon besondere Vorschriften für die Religionsausübung erlassen worden. Im übrigen gilt aber die *Politik der relativen Religionsfreiheit* weiter, wie die Berichte von Priesterweihen, erster Bischofsweihe in chinesischer Sprache, Zulassung von einigen ausländischen Professoren am Priesterseminar in Shanghai und Errichtung der katholischen Druckerei ebenfalls in Shanghai deutlich machen. Ausländische Besucher berichten von einer Verschärfung der internen Auseinandersetzungen zwischen Katholiken im Untergrund und den in den offenen Kirchen tätigen Bischöfen und Priestern. Es wird die Befürchtung geäußert, daß diese von Haß und auch Fanatismus seitens der Untergrundgruppen geprägte Verteufelung der „Patrioten“ zu einem echten Schisma führen könnte.